

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

118. Sitzung

Hannover, den 11. Mai 2007

Inhalt:

Eröffnung

Jürgen Gansäuer, Landtagspräsident..... 13991

Grußwort

Christian Wulff, Ministerpräsident..... 13995

Grußwort

Michael Martin, The Right Honourable Speaker of
the House of Commons 13997

Festvortrag: „Die Rolle der Landesparlamente im
Zeitalter der Globalisierung“

Alois Glück, Präsident des Bayerischen Land-
tages 14000

Schlusswort

Jürgen Gansäuer, Landtagspräsident..... 14005

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Vizepräsidentin	Silva Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Philipps (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Christian Wulff (CDU)

Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling,
Staatskanzlei

Staatssekretär Wolfgang Meyerding,
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Staatssekretärin Cora Hermenau,
Niedersächsisches Finanzministerium

Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst,
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen,
Familie und Gesundheit

Kultusminister
Bernhard Busemann (CDU)

Staatssekretär Hartmut Sager,
Niedersächsisches Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Walter Hirche (FDP)

Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Land-
wirtschaft und Verbraucherschutz
Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke,
Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum,
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking,
Niedersächsisches Justizministerium

Minister für Wissenschaft und Kultur
Lutz Stratmann (CDU)

Staatssekretär Dr. Josef Lange,
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft
und Kultur

Umweltminister
Hans-Heinrich Sander (FDP)

Staatssekretär Dr. Christian Eberl,
Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn der Sitzung: 11.08 Uhr.

(Musikalische Darbietung - Kenneth J. Alford: Colonel Bogey)

(Beifall)

Eröffnung

Jürgen Gansäuer, Landtagspräsident:

Mr Speaker! Mrs Martin! Herr Landtagspräsident Glück! Herr Ministerpräsident Wulff! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu der heutigen Festsitzung unseres Niedersächsischen Landtages anlässlich des 60. Jahrestages des Zusammentretens des ersten frei gewählten Landesparlamentes in Niedersachsen am 13. Mai 1947 heiße ich Sie im Leineschloss sehr herzlich willkommen.

Namentlich begrüßen möchte ich meine Vorgänger im Amt des Landtagspräsidenten Herrn Dr. Blanke, Herrn Milde und Herrn Professor Wernstedt sowie die ehemaligen Ministerpräsidenten unseres Landes Dr. Albrecht und Gerd Glogowski.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein ganz besonders herzlicher Gruß gilt zwei parlamentarischen Gästen, die über die Anfänge, auf die wir heute zurückblicken, noch - man mag es kaum glauben - aus eigener Anschauung berichten können. Dies sind Herr Fritz Kurt Fiebich - er war SPD-Abgeordneter des Ernannten Oldenburger Landtages - und Frau Ilsa Reinhardt - sie war DP- und später CDU-Abgeordnete im ersten gewählten Niedersächsischen Landtag.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist sonst nicht üblich, das Alter von Gästen zu erwähnen. Aber ich möchte Ihnen beiden doch sehr herzlich danken, dass Sie mit 86 bzw. 95 Jahren diesen Anlass für wert geachtet haben, in das heutige Parlament unseres Landes zu kommen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Nennen möchte ich auch die Preisträgerinnen und Preisträger des Schülerwettbewerbs „Erste Parlamentarische Schritte in der Nachkriegszeit“. Es sind großartige junge Leute, die sich mit der Geschichte der Demokratie in unserem Land beschäftigt haben, deren Zukunft ja eines Tages in ihren Händen liegen wird. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ganz besonders freue ich mich über die Anwesenheit von Frau Dr. Yvonne Koch und Herrn Martin Schmitz. Sie haben das Konzentrationslager Bergen-Belsen mit all seinen Grausamkeiten persönlich erlitten und überlebt. Heute arbeiten beide daran mit, dass die Erinnerung an dieses schlimme und dunkle Kapitel unserer Geschichte nicht verblasst. Seien Sie uns hier im Hause herzlich willkommen!

(Beifall)

Namentlich möchte ich außerdem Frau Ulrike Krüger stellvertretend für alle Menschen in unserem Land, die mit Behinderungen leben müssen, begrüßen. Sie arbeitet am Landesblindenzentrum in Hannover. Mit einer Klasse hat sie das Leben einer Jüdin recherchiert und dokumentiert, die in den 30er-Jahren an dieser Schule unterrichtet wurde. Für ein anderes Projekt ist sie bereits vom Bundespräsidenten geehrt worden. Ich begrüße mit ihr ihren besten Freund und Führhund. Das ist das erste Mal, dass ein Hund an einer laufenden Plenarsitzung teilnimmt. Er schreibt heute sozusagen Geschichte.

(Heiterkeit und Beifall)

Es ist mir eine ganz besondere Freude, erstmals The Right Honourable Michael John Martin, The Speaker of the House of Commons at Westminster, und seine Gattin sowie den Gesandten des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland, Hugh Mortimer, hier in unserem schönen Bundesland willkommen heißen zu dürfen.

(Beifall)

Verehrter Mr Speaker, mit Blick auf die lange parlamentarische Tradition Ihres Landes sind 60 Jahre für einen Briten ein außerordentlich geringer Zeitraum, zumal wenn man bedenkt, dass die Magna Charta aus dem Jahr 1215 und die Bill of Rights aus dem Jahr 1689 stammen. Nach allem, was in unserer deutschen Geschichte geschehen ist - lassen Sie mich das offen sagen; dafür werden

Sie sicherlich Verständnis haben, Mr Speaker -, sind wir dennoch stolz auf 60 Jahre einer gegläckten und stabilen Demokratie, und deshalb ist dieses Datum für uns ein Grund zum Gedenken und Feiern zugleich. Und dass Sie heute unser Gast sind, ist nicht der Laune eines Zufalls geschuldet, sondern einer engen historischen Verbundenheit und dem aufrichtigen Wunsch, Danke zu sagen.

(Beifall)

Herzlich danken möchte ich in diesem Zusammenhang auch der britischen Militärkapelle „The Band of the King's Division“ unter Leitung von Captain Richard Watterson, die die musikalische Rahmung der heutigen Veranstaltung übernommen hat.

(Beifall)

Auch dies, meine Damen und Herren, ist ein Zeichen der engen Verbindung zwischen Niedersachsen und Großbritannien. Wie eng diese Bindung hier in Hannover empfunden wurde, können Sie der Tatsache entnehmen, dass im Sommer 1945 eine Abordnung der Niedersächsischen Landespartei - einer Vorläuferin der DP - den Kommandeur der britischen Militärregierung gebeten hat, Hannover zu einem Teil des British Empire zu machen. Die Briten waren klug. Sie haben es nicht getan. Aber die Vorstellung, sie hätten es getan, ist nicht ohne Charme.

(Heiterkeit)

Die historische Verbindung mit England begann jedenfalls bereits mit Heinrich dem Löwen, der 1168 im Dom zu Minden Mathilde, die Tochter des englischen Königs Heinrich II., heiratete. Übrigens sind beide im Dom zu Braunschweig bestattet.

Fortgesetzt wurde sie mit der wohl bedeutsamsten Verbindung zwischen Hannover und Großbritannien, nämlich der Zeit der Personalunion zwischen 1714 und 1837, in der nicht weniger als fünf aufeinander folgende hannoversche Fürsten zugleich Könige von England waren. Möglich wurde dies durch den vom Britischen Parlament beschlossenen Act of Settlement, der hier im Leineschloss Kurfürstin Sophie, einer Enkelin des englischen Königs Jakob I., in einer feierlichen Zeremonie übergeben wurde.

Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang auch an den Komponisten Georg Friedrich Händel, der, bevor er nach London übersiedelte, hier am

Schlosstheater in Hannover zwei Jahre lang Hofkapellmeister war. Er ist bekanntermaßen in Westminster Abbey bestattet, über deren Westportal das Niedersächsische Wappen - also das weiße Ross auf rotem Grund - zu sehen ist, das an die Verbindung zwischen Hannover und England erinnert.

Ebenfalls über dem Westportal ist eine Statue zu sehen, die uns darauf aufmerksam macht, dass es vor 1945 auch noch das andere Deutschland gab. Sie zeigt Dietrich Bonhoeffer, der im Oktober 1933 in London eine Auslandspfarrstelle antrat und eng mit dem Lord Bishop of Chichester, George Bell, befreundet war. Bonhoeffer spielte - wie Sie alle wissen - eine entscheidende Rolle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und ist am Morgen des 9. April 1945 im KZ Flossenbürg ermordet worden. Einen englischen Mitgefangenen bat er wenige Minuten zuvor, Bischof Bell auszurichten:

„This is the end, for me the beginning of life.“

Meine Damen und Herren, Geschichte ist geschehen, und man kann sie nicht rückgängig machen. Man kann nur aus ihr lernen und sich ihr würdig und mit Anstand stellen, und zwar auch dann, wenn es weh tut. Aus diesem Grunde gehört zu einem solchen Tag auch das Wissen darum, dass es britische Truppen waren, die am 15. April 1945 das Konzentrationslager Bergen-Belsen befreit haben, in dem auch Anne Frank verstorben ist, die die Nationalsozialisten vorher bereits nach Auschwitz verschleppt hatten. Der Anblick, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der sich den Soldaten bot, sollte lange, lange Zeit das Bild der Deutschen in der Welt prägen. Dass das Land Niedersachsen im November dieses Jahres einen international beachteten Neubau auf dem ehemaligen KZ-Gelände fertigstellen und der Öffentlichkeit übergeben wird, ist, wie ich finde, ein Beweis dafür, dass die Demokraten in unserem Land entschlossen sind, diesen Teil der deutschen Geschichte um der Zukunft willen nicht dem Vergessen anheimfallen zu lassen.

Meine Damen und Herren, dass ein englischer Offizier die Geburtsurkunde unseres Landes Niedersachsen unterschrieben hat, ist insofern eine - fast könnte man sagen - Folgerichtigkeit unserer geschichtlichen Beziehung zu Großbritannien. Ob meine geschätzten Landsleute aus Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover einen solchen Zusammenschluss auch ohne die Hil-

fe unserer britischen Freunde und ohne - das füge ich hinzu - die Zielstrebigkeit von Hinrich Wilhelm Kopf bewerkstelligt hätten, darf durchaus bezweifelt werden.

In seiner Berichterstattung im Zusammenhang mit der Verabschiedung einer Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung erklärte der SPD-Abgeordnete und ehemalige Braunschweiger Oberbürgermeister Ernst Böhme am 7. März 1951 vor dem Landtag dazu Folgendes:

„Es hat sich, wie ich bei dieser Gelegenheit feststellen möchte, im Ausschuss keine Stimme erhoben, die die Entstehung des Landes Niedersachsen bedauert oder beanstandet hätte, und wir sind uns wohl auch klar darüber,

- das hat er damals gesagt -

„dass es auch heute noch kein Land Niedersachsen gäbe, wenn es nicht durch Diktat der Besatzungsmacht geschaffen worden wäre.“

Wie auch immer, ob aus Überzeugung, Ratlosigkeit oder Ohnmacht, die Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung hat, Gott sei Dank, Fakten gesetzt und uns, wie ich meine, ein wunderschönes Bundesland beschert, das gerade wegen seiner unterschiedlichen Kulturen, Landschaften und Menschen so liebenswert ist, wie es ist.

Verehrter Mr Speaker, da Sie selbst Schotte sind - wir haben gestern Abend schon mehrfach darüber gesprochen und geschmunzelt -, will ich darauf verweisen, dass der frühere britische Botschafter, Sir Nigel Broomfield, zum 50. Jahrestag dieses Parlamentes zu den damaligen Abgeordneten gesprochen und darauf verwiesen hat, dass in Niedersachsen 12 500 Briten an der Kommunalwahl teilgenommen hätten. Sodann hat er wörtlich erklärt:

„Ein neues Mitglied im Cuxhavener Kreistag hat sogar schottische Vorfahren und einen schottischen Namen - McAllister.“

Seit nunmehr neun Jahren ist dieser McAllister Mitglied dieses Hauses, und mit ihm ist sozusagen Schottland in diesem Parlament ständig präsent. Und in der Tat: Diese Kreuzung aus Niedersäch-

sisch und Schottisch ist nicht nur genetisch interessant.

(Heiterkeit)

Nun, Sir Nigel Broomfield hat uns in seiner Rede darüber hinaus mitgeteilt, dass Schottland ein stolzes und unabhängiges Land gewesen sei, dessen normaler Zeitvertreib darin bestanden habe, Krieg gegen die Engländer zu führen. Er sagte damals:

„Nebenbei bemerkt, betrachten die Schotten es immer noch als normalen Zeitvertreib, Krieg gegen die Engländer zu führen, doch der spielt sich jetzt auf dem Rugby- oder Fußballfeld ab.“

Verehrter Mr Speaker, in diese innerbritischen Angelegenheiten will ich mich nicht einmischen, aber eine gewisse, von Stolz und Selbstbewusstsein gekennzeichnete Übereinstimmung ist zwischen den Bayern in Deutschland und den Schotten in Großbritannien nicht ganz von der Hand zu weisen. Allerdings hat das Königreich Hannover nicht gegen die Bayern, sondern 1866 im Bündnis mit Bayern die Schlacht bei Langensalza gegen die Preußen verloren, was noch heute nicht ganz wenige Hannoveraner bedauern.

Wie auch immer, das schottisch-englische und das bayerisch-niedersächsische Verhältnis sind ein guter Übergang, um einen alten Freund und Weggefährten - nämlich den Bayerischen Landtagspräsidenten Alois Glück - hier im Leineschloss zu Hannover herzlich zu begrüßen.

(Beifall)

Auch für ihn gilt, dass sein Hiersein nicht dem Zufall, sondern vielmehr der Tatsache zu verdanken ist, dass er über alle Parteigrenzen hinweg hohe Anerkennung genießt und Bayern und Hannover eine interessante gemeinsame Geschichte haben, die sich nicht nur auf die zuvor erwähnte Schlacht bezieht. Diese Geschichte geht wiederum zurück auf Heinrich den Löwen, der ja nicht nur Herzog von Sachsen - sprich: Niedersachsen - war, sondern zugleich auch Herzog von Bayern. Und in dieser Funktion hat er im 12. Jahrhundert München gegründet.

Darüber hinaus gibt es noch andere Verbindungen, die nicht unwichtig sind, verehrter Alois Glück; denn die Schlösser, die Ludwig II. bauen ließ, wurden nicht unmaßgeblich aus dem Welfenschatz

bezahlt. Eigentlich müssten wir die Grundbücher zu unseren Gunsten korrigieren.

(Heiterkeit)

Und dass wir immer wieder darauf bestehen, dass das Bockbier nicht in München, sondern in Einbeck erfunden wurde, ist für uns eine Frage der Ehre; denn ein gutes Bier ist uns Niedersachsen genauso wichtig wie den Bayern.

(Beifall)

Bei dieser Gelegenheit liegt mir noch an einer weiteren Klarstellung. Im vergangenen Jahr hat Papst Benedikt XVI. seine Heimat besucht, verehrter Herr Bischof Bode. Viele Medien berichteten davon, dass er der zweite bayerische Papst sei. Nun, bei allem Wohlwollen gegenüber den Bayern lege ich auch als Protestant großen Wert darauf, dass uns unsere Landeskinder nicht abhandeln kommen; denn Papst Clemens II. ist zwar in Bamberg - mithin in Franken - beerdigt, seiner Herkunft nach ist er aber ein Niedersachse. Er wurde nämlich im Jahre 1005 in Hornburg im heutigen Landkreis Wolfenbüttel geboren.

Meine Damen und Herren, der Weg zu unserem Bundesland Niedersachsen war nicht leicht. Die großen Städte wie Hannover, Braunschweig, Emden, Hildesheim, Osnabrück und Wilhelmshaven waren in großen Teilen zerstört. Eine Zeitung schrieb damals:

„Wir sehen uns der tödlichen Erkenntnis gegenüber: Nicht Parteien oder Gewerkschaften bestimmen unser Leben, sondern einfach der Hunger, nichts als Hunger.“

Von 1945 bis 1950 wurden über 7 Millionen Flüchtlinge in unserem Land aufgenommen, von denen 2,5 Millionen geblieben sind. Über 300 000 Soldaten aus Niedersachsen waren gefallen, und Tausende Zwangsarbeiter irrten umher. Es sei darüber hinaus auch daran erinnert, dass insgesamt mehr als 4,4 Millionen Aussiedler über Friedland zu uns gekommen sind, von denen etwa jeder Zehnte in Niedersachsen geblieben ist.

Es waren nach 1945 - auch das muss an dieser Stelle einmal mit aller Klarheit gesagt werden - vor allem Frauen, die die erste und damit zugleich schwerste Aufräumarbeit leisten mussten. Denn entweder waren die Männer im Krieg gefallen, oder sie waren in Gefangenschaft. Meine Damen und

Herren, in Ehrfurcht verneigen wir uns auch in dieser Stunde vor dieser Generation und vor jenen, die nach all dem Leid und Elend den Mut aufbrachten, unser Land freiheitlich, demokratisch und rechtsstaatlich wieder aufzubauen. Deutschland war ja nicht nur einer der größten Trümmerhaufen der Weltgeschichte, sondern die seelischen und moralischen Beschädigungen wogen mindestens so schwer wie die physischen.

Um uns einen kleinen Eindruck von den Gegebenheiten der damaligen Zeit zu verschaffen, zitiere ich den damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU, Oberkirchenrat Adolf Cillien, der in der Plenarsitzung am 14. Mai 1947 im Zusammenhang mit der Debatte um eine Niedersächsische Verfassung sagte:

„Unser Volk interessiert die Verfassung keinen Deut, ebenso wenig wie so viele gesetzgeberische Maßnahmen, mit denen wir uns in zwei Parlamenten bereits abgequält haben. Unser Volk interessieren die ganz primitiven Fragen: Was werden wir essen, was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden, und wie werden wir im kommenden Winter heizen?“

Und der Abgeordnete Heinrich Albertz, Sozialdemokrat, später u. a. Flüchtlingsminister in Niedersachsen und Regierender Bürgermeister von Berlin, sagte mit Blick auf die Situation der Flüchtlinge:

„Auch die schönste Verfassung nützt uns nichts und wird vor der harten Wirklichkeit brennender Not zu einem Stück Papier, wenn wir die furchtbare Kluft, die augenblicklich unser Volk immer weiter aufreißt, nicht überbrücken, und zwar mit allen Kräften.“

In dieser Situation wandte sich vor 60 Jahren der Gebietsbeauftragte für das Land Niedersachsen, General Sir Gordon Macready, mit einer Frage an die Abgeordneten des Landtages. Er sagte damals:

„Wünschen Sie, dass das Land Niedersachsen ein starker, gesunder Bestandteil eines zukünftigen Deutschlands wird? Es liegt an Ihnen, diese Frage zu beantworten.“

So formulierte er es. Und er ergänzte:

„ ... damit wir für die westliche Demokratie einen Frieden gewinnen, was unermesslich schwieriger ist als die Gewinnung eines Krieges.“

Wer die Geschichte Deutschlands und die Geschichte Europas kennt, der weiß, dass dies noch nie besser gelungen ist als in den vergangenen sechs Jahrzehnten. Nach all den Irrungen und Wirrungen und trotz mancher Probleme wurde das freieste, sozialste und wohlhabendste Land aufgebaut, das es je auf deutschem Boden gab und um das uns die meisten Völker der Welt beneiden.

Seit 1945 leben wir in der längsten Friedensepoche, die unser Land in den vergangenen tausend Jahren erleben durfte. Ich bin sicher, dass wir alles Erreichte nur bewahren können, wenn wir nicht vergessen, wo wir begonnen haben. Wir Deutschen haben vielen zu danken, die uns in der Stunde der größten Not geholfen haben. Wir Niedersachsen haben alle Veranlassung, vor allem unseren britischen Freunden zu danken. Deshalb freue ich mich, dass wir diesen Tag heute gemeinsam miteinander feiern können.

Die Gestaltung dieser sechs Jahrzehnte ist - wie die Gestaltung einer guten Zukunft - nie nur die Aufgabe der gewählten Abgeordneten unseres Parlaments gewesen. Ich danke deshalb allen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten am Aufbau unseres Landes beteiligt haben.

Vor allem möchte ich an dieser Stelle den Ehrenamtlichen danken, die sich in vielfältiger Weise an unterschiedlichsten Stellen dafür einsetzen, dass unser Land vorankommt und dass es sich in Niedersachsen gut und menschlich leben lässt. In Wahrheit lebt jedes Gemeinwesen davon, dass es Menschen gibt, die ein Stück weit mehr tun als das, was sie unbedingt tun müssen. Dass Niedersachsen sich so gut entwickelt hat, hängt wesentlich damit zusammen, dass die Menschen gerne in diesem Land leben.

Herzogin Sophie, der wir manches in Hannover und in Niedersachsen zu verdanken haben, kam ja bekanntlich aus Heidelberg. Das Land, in das es sie auf dem Hochzeitswege verschlagen hatte, beschrieb sie in einem Brief vom 2. Juni 1680 als „Land der Schinken und Knackwürste“. Das war damals sicherlich keine falsche Wahrnehmung. Und auch heute noch wissen wir in Niedersachsen einen guten Schinken und eine gute Wurst sehr zu schätzen. Aber vieles hat sich seitdem entwickelt.

In Wissenschaft, Kultur und Forschung ist Niedersachsen heute ein wichtiger Standort, und alle Landesregierungen, wie immer sie politisch zusammengesetzt waren, haben sich um seine Fortentwicklung bemüht. Niedersachsen - das ist aber auch das Land von Lessing, Leibniz, Jaspers, Busch, Lichtenberg, Kardinal von Galen, Landesbischof Lilje und vielen anderen. Diesem Land, in dem wir alle auf die eine oder andere Weise in unserer Zeit Verantwortung tragen, wünsche ich von Herzen eine gute Zukunft und Gottes Segen.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Grußwort

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Mr Speaker Martin! Exzellenz! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrte Herren Landtagspräsidenten! Verehrte Gäste dieser Festversammlung! Der 13. Mai 1947 war die demokratische Geburtsstunde unseres damals ganz jungen Landes. Dies allein ist ein Grund für eine Feierstunde. Grund für eine Feierstunde kann aber auch die Tatsache sein, dass die vergangenen 60 Jahre von großer Konstanz und enorm erfolgreicher Arbeit zur Bewältigung des Wandels gezeichnet sind. Dieser Niedersächsische Landtag hat sich als Institution in Zeiten großer Entwicklungen in Niedersachsen bewährt. All das sind Gründe für ein Innehalten und vor allem für Dank.

Das erste damals frei gewählte Parlament - am 20. April 1947 fand die Wahl statt - hatte seine politischen Entscheidungen unter sehr viel schwierigeren Umständen zu treffen, als es für unsere Generation heute der Fall ist. Jedes Gespräch mit Ilsa Reinhardt gibt viel Veranlassung, darüber nachzudenken, wie die Bedingungen damals waren und wie der ökumenische Gottesdienst vor der ersten Sitzung des Parlaments mit Landesbischof Lilje war.

Man muss daran erinnern, dass dieses Land aus verschiedenen Ländern hervorgegangen ist, nämlich aus Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe. Niedersachsen war zuerst nur eine Verwaltungseinheit der britischen Militärregierung. Sicherlich ist es kein Geheimnis - darauf wurde bereits hingewiesen -, dass die einzelnen, traditionell selbstständigen Länder heftig gegen diese

Fusion opponiert und für die Beibehaltung ihrer Selbstständigkeit gekämpft hatten.

Umso dankbarer sollten wir den „Geburtshelfern“ sein, vor allem der britischen Militärregierung und Großbritannien, aber auch dem ersten gewählten Ministerpräsidenten unseres Landes, Hinrich Wilhelm Kopf, der bereits lange vorher die Vorstellung entwickelt hatte, das Land Niedersachsen in dieser Form zu bilden. Niedersachsen hätte in Richtung Ostwestfalen noch etwas größer ausfallen und damit noch leistungsfähiger werden können. Aber insgesamt betrachtet ist die Gründung Niedersachsens sicherlich als geglückt zu bezeichnen.

Wir sind dankbar für die Mithilfe bei der Schaffung demokratischer, autonomer und föderaler Strukturen. Man kann heute feststellen: Diese Strukturen funktionieren gut. Es gibt eine niedersächsische Identität, die das regionale Zugehörigkeitsgefühl durchaus einschließt.

Die Themen damals waren - darauf hat Herr Landtagspräsident Gansäuer hingewiesen - die Verbesserung der Ernährungslage, die Unterbringung, die Versorgung sowie die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und der Wiederaufbau der zerstörten und brachliegenden Industrie. Dies waren gigantische Herausforderungen für die Abgeordneten und existenzielle Fragen. Man muss größten Respekt vor denjenigen haben, die sich damals dieser Fragen mit Tatkraft und Erfolg angenommen haben.

Die Bestehenszeit unserer Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung, die der erste Landtag 1951 verabschiedet hatte, zeigt, wie qualitativ und richtig die Entscheidungen des ersten Landtages gewesen sind. Sowohl die Abgeordneten des ersten Landtages als auch die Abgeordneten aller folgenden Landtage und Wahlperioden zeichnete unbeschadet aller regionalen Herkunft die Eigenschaft aus, unser Land Niedersachsen mit bemerkenswerter Konstanz voranzustellen. Allen ging es vor allem um unser Land, um seine Menschen und seine Zukunft. Dafür, Mr Speaker, haben die Briten die Voraussetzungen geschaffen. Sie haben uns Vertrauen entgegengebracht; dies war, weiß Gott, nicht selbstverständlich. Sie haben uns die Chance gegeben, uns in demokratischen Strukturen wieder selbst zu organisieren. Die Briten haben sich als Befreier und nicht als Besetzer verstanden. Sie haben die Niedersachsen in die Lage versetzt, nach vorne zu schauen.

Dieses Parlament ist der Ort, an dem die Entscheidungen getroffen werden. Manchmal entsteht der Eindruck, sie fielen in Fraktionssitzungen, in Kabinettsitzungen oder bei Parteiveranstaltungen. Aber dies ist der Ort, wo entschieden wird. Hier stehen Abgeordnete auf, wenn ein Gesetzentwurf zu verabschieden ist. Wenn genügend Abgeordnete aufstehen, dann ist er verabschiedet. Wenn zu wenige Abgeordnete aufstehen, dann ist das Gesetzgebungsvorhaben in der Form, wie es im Parlament diskutiert worden ist, abgelehnt.

Der Gestaltungswille des Landesgesetzgebers ist stets stark gewesen. Die Gestaltungsfreiheit ist jedoch häufig durch die Regulierungsdichte des Bundes- und supranationalen Rechts und andere Abhängigkeiten eingeschränkt worden und zum Teil beträchtlich in Gefahr geraten. Die Föderalismusreform gibt Hoffnung, dass es gegenläufige Trends gibt. Deshalb freue ich mich auf die Festrede zur Zukunft der Parlamente auf der Ebene unserer Bundesländer.

Eine weitere Hauptfunktion unseres Parlaments ist die Kontrolle der Regierung, der Exekutive, der zweiten Gewalt. Rechtsstaatliche Machtbegrenzung ist die eine Seite, arbeitsteilige und effektive Erfüllung staatlicher Aufgaben die andere Seite der Gewaltenteilung. Regierung und Parlament arbeiten, aufeinander angewiesen, wie bei einem ineinandergreifenden Räderwerk, das eine optimale Erledigung der Staatsaufgaben anstrebt, zusammen.

Von unschätzbarem Wert für die Kontrolle der Regierung ist ein Potenzial, das in keiner Verfassung vorgegeben werden kann, nämlich die Bodenständigkeit und die Verbundenheit der Abgeordneten in ihren Regionen, in ihren Wahlkreisen und - dies ist für uns alle sicherlich entscheidend - in der Bevölkerung, der sie entstammen bzw. von der sie entsandt worden sind.

Der Gedanken- und Erfahrungsaustausch ist ein Fundament für ausgewogene und kluge Entscheidungen. Im Landtag bündelt sich die Kraft unterschiedlichster beruflicher, sozialer, lokaler und politischer Wurzeln. Jeder Abgeordnete ist ein ungeheures Pfund, mit dem sich eine kluge, alle landespolitischen Bezüge aufweisende Politik machen lässt. So gesehen ist das Parlament ständiger Seismograf für die Akzeptanz von Politik. Kritisches Überdenken der angebotenen Konzepte durch die Andersdenkenden und durch das Parlament gegenüber der Regierung und umgekehrt si-

chert letztlich die Qualität von Politik. Der Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Abgeordneten mit der Bevölkerung sichert die Akzeptanz von Politik in der Breite unseres Landes.

Wir Politiker müssen als Bereicherung unseres Landes positiv wahrgenommen werden. Aus meiner eigenen Erfahrung als Oppositionsführer und jetzt als Regierungschef wünsche ich mir, dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger stolz auf unser Parlament, auf die Parlamentarier sowie auf die Fraktionen im Parlament sind und dass sie den Abgeordneten für ihren unermüdlichen Einsatz Anerkennung zollen und Dank sagen. Wenn man 60 Jahre alt wird, dann freut und feiert man sich und darf sich auf Positives zurückbesinnen.

Meine Beobachtung ist, dass jede und jeder Abgeordnete tagtäglich unendliche Kraftanstrengungen abverlangt bekommt. 60- oder 80-Stunden-Wochen sind keine Selbstverständlichkeit. Die Mengen an Papier, die von jedem Abgeordneten zu bewältigen sind, bemessen sich inzwischen in Kilo und Tonnen. Die Abgeordneten sind vor Ort und auch hier zu nahezu jedem politischen Thema gefordert, und von ihnen wird stets ein offenes Ohr erwartet. Wenn man jedoch sieht, dass das gesellschaftliche Ansehen der Abgeordneten, der frei gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter, in einem gewissen Missverhältnis zu diesem Aufwand und Einsatz steht, dann muss uns das in die Zukunft hinein beschäftigen. Ich wünschte mir, dass bei dieser 60-Jahr-Feier gerade die Arbeit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Niedersachsen durch unsere Bevölkerung in besonderer Weise diskutiert und gewürdigt wird.

Meine Damen und Herren, die Konstanz der Arbeit dieses Parlaments, aber auch die Bewältigung des Wandels zeichnen den Landtag in den ersten 60 Jahren seines Wirkens aus - Konstanz, wo sie erforderlich ist, und Wandel, wo er notwendig ist. Die Probleme für die nächsten Jahre und Jahrzehnte sind in Bezug auf die Auswirkungen der Globalisierung, die Notwendigkeit einer nachhaltigen Politik und die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels sicherlich anders gelagert. Wir sollten diese Aufgaben in gegenseitigem Respekt angehen, und zwar genauso entschlossen und tatkräftig, wie unsere Vorgängerinnen und Vorgänger vor 60 Jahren das Schicksal Niedersachsens in die Hand genommen haben. Wir haben die Verpflichtung und den Ehrgeiz, die Erfolgsgeschichte „60 Jahre Niedersächsischer Landtag“ mit gegenseitigem Respekt und dem vorbildhaften steten Ringen

um den besten Weg für unser Land, für das wir auf Zeit Verantwortung tragen, gemeinsam fortzusetzen. Dieser Landtag hat 60 Jahre lang gezeigt, dass er über alle Unterschiedlichkeiten hinweg seiner Verantwortung, für unser Land zu arbeiten und Gutes zu tun, gerecht geworden ist. Damals war es eine gute Entscheidung unserer britischen Freunde, mit vielen im Lande das Land Niedersachsen in dieser demokratischen Form und Verfassung auf den Weg zu bringen.

(Beifall)

(Musikalische Darbietung - Georg Friedrich Händel: La Rejouissance)

Grußwort

Michael Martin, The Right Honourable
Speaker of the House of Commons

Mr President! Parliamentarians! Ladies and Gentlemen! You honour me by asking me to address you on this day of great celebration of democracy in your parliament at Lower Saxony.

My father - who was a merchant seaman - always said that no matter where you go in the world there will always be another Scot. His words are true because the Chairman of your CDU is David McAllister. You cannot get a more Scottish name than that.

(Heiterkeit)

Having been born in 1945, I was less than two years old when this parliament came into being on 20 April 1947. My thoughts go to my parents' generation. They were the Europeans who had suffered from the terrible mistakes of the Treaty of Versailles. We all know of the awful impact that the Second World War had on every man, woman and child in Europe, and even for those who were physically unharmed, they still had to live with the loss of friends and loved ones. But it should also be remembered that the same generation had to endure a terrible economic depression in which men and women suffered from loss of dignity and were denied the right to work and to earn a living to support their family. And many of those who thought that they had secure jobs were made redundant.

I was brought up by parents who taught me to appreciate the hardship of those years. At 14 my mother was the only official wage earner in her family and my grandmother secretly cleaned homes. If payment was declared they would lose what little state benefit the family received. My mother always maintained that because of this hardship my grandfather felt a great deal of personal shame in being unemployed through no fault of his own. And also my own father was forced to seek work at sea because there was no employment on land.

I tell you these things because at that time many men and women thought that the answer to these problems was a one-party state. I remember listening to one of our former Prime Ministers - James Callaghan - who said that many of his generation wanted a one-party system of the extreme left or of the extreme right.

But here in Lower Saxony you were one of the first to say - after the turmoil of those years - that parliamentary democracy must be the gift we give to future generations. We as politicians enjoy the cut and thrust of debate, having the ability to help our constituents to improve the quality of their lives and the comradeship of our fellow party members. But we must never forget that the powers we have belong not to government, not to the executive, but to the people. If we forget the needs and just demands of the people, then we work in a vacuum and no longer have a parliament in the true sense of the word.

I recall - as a young and enthusiastic member of the Labour party - campaigning for months for the return of a labour government in 1970. The then Prime Minister - Harold Wilson - lost to Edward Heath. I was disappointed, and I felt that the people had let us down. But a wiser and more experienced person told me that: It is not the people who have let us down, it is the people who have spoken, and we must listen to their message. The important lesson of democracy is that the people decide, and it is up to politicians and activists to win at the next election. - This is the strength of democracy.

(Beifall)

On the floor of the House of Commons there is the majority party in government, her Majesty's opposition and several minority parties. I am always saddened when I hear the term: in democracy,

majority rules. I say that a true democrat must always listen to the minorities in our community, whether in the city or the villages or here in our parliament. They must always have a voice, and their voice must always be heard.

(Beifall)

Sometimes people talk of the British House of Commons as being the mother of all parliaments - a parliament of 900 years. I have spoken of my parents, and all of us have learned from our parents. But sometimes the parents will recognise that the young can often teach the old. It is the same with parliaments. The mother of parliaments can learn from your 60-year old parliament. You may recall, Mr President, that the British House of Commons was considering introducing devolution in Scotland and Wales less than a decade ago. A British delegation came to this parliament, led by the late Donald Dewar, then Secretary of State for Scotland and later First Minister in the new parliament at Edinburgh. Its purpose was to learn about devolution from the parliament of Lower Saxony which had 50 years experience of devolution. The young were able to teach the old.

(Beifall)

Thanks to you, I can report that the Scottish Parliament and the Welsh and Northern Ireland Assemblies are vibrant and giving the people of those countries the right to have a say in the running of their own affairs, yet still be an integral part of the United Kingdom which I am so proud to belong to. In the case of Northern Ireland the people are saying that we have peace in our land after 40 years.

(Beifall)

Only last week we had elections in Scotland, and with no party having overall power you could say we have hit a little local difficulty, and we are in unchartered waters. But this demonstrates once again that the people have spoken and it is up to all politicians to show that with common sense and good will a sound democratic solution can and must be found.

During the lifetime of your parliament, we all hoped and prayed for freedom in Eastern Europe. Now that our prayers have been answered, you can be proud of the fact that these new countries are looking to you as an example of parliamentary democracy.

I wish you Mr President and every one of your members and the people of Lower Saxony best wishes from the British House of Commons. - Thank you.

(Beifall)

(Deutsche Übersetzung)

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich fühle mich geehrt, dass Sie mich gebeten haben, an diesem hohen Feiertag der Demokratie in Ihrem Landtag in Niedersachsen zu sprechen.

Mein Vater, der Seemann in der Handelsmarine war, hat immer mir zu mir gesagt: Egal, wo du bist in der Welt, du wirst immer einen Schotten treffen. - Er hat recht; denn der Vorsitzende Ihrer CDU-Fraktion heißt David McAllister. Einen schottischen Namen kann es wohl nicht geben.

(Heiterkeit)

Ich wurde 1945 geboren, und im April 1947, als dieser Landtag geschaffen wurde, war ich knapp zwei Jahre alt. Meine Gedanken gehen zurück zur Generation meiner Eltern. Sie waren Europäer, die unter den schrecklichen Fehlern des Versailler Vertrages zu leiden hatten. Und wir alle kennen die furchtbaren Folgen, die der Zweite Weltkrieg für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in Europa hatte - selbst für diejenigen, die physisch unversehrt geblieben waren. Auch sie mussten mit dem Verlust von Freunden und lieben Angehörigen leben. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass die gleiche Generation auch eine schreckliche Wirtschaftskrise miterleben musste, in der Männer und Frauen unter dem Verlust ihrer Würde litten und in der ihnen das Recht auf Arbeit und das Recht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, um ihre Familie durchbringen zu können, verweigert wurden. Und viele von denen, die glaubten, sie hätten eine sichere Arbeitsstelle, wurden entlassen.

Ich bin von Eltern groß gezogen worden, die mir beigebracht haben, die Härten jener Jahre richtig einzuschätzen. Als ich 14 war, war meine Mutter der einzige offizielle Verdienere in der Familie, und meine Großmutter ging heimlich bei anderen Leuten putzen. Hätte sie ihren Verdienst angegeben, hätte unsere Familie die kleine staatliche Unterstützung verloren. Meine Mutter war immer der Meinung, dass mein Großvater sich angesichts dieser Not immer persönlich sehr dafür geschämt

hat, dass er ohne eigene Schuld seine Arbeit verloren hatte. Und mein eigener Vater war gezwungen, sich Arbeit als Seemann zu suchen, weil es an Land keine Arbeit gab.

Ich erzähle Ihnen all das, weil damals viele Männer und Frauen glaubten, die Lösung all dieser Probleme läge in einem Einparteiensystem. Ich erinnere mich, wie einer unserer früheren Premierminister, James Callaghan, sagte, dass viele Menschen seiner Generation sich ein Einparteiensystem der extremen Linken oder der extremen Rechten wünschten. Aber Sie hier in Niedersachsen gehörten zu den ersten, die erklärten, dass nach all den Wirren jener Jahre eine parlamentarische Demokratie das Geschenk sein muss, das wir künftigen Generationen hinterlassen müssen. Wir Politiker lieben das Wortgefecht, Rede und Gegenrede in der Debatte. Wir können den Menschen in unseren Wahlbezirken helfen, die Qualität ihres Lebens zu verbessern, wir genießen die Kameradschaft unserer Parteifreunde. Aber wir dürfen niemals vergessen, dass all unsere Macht nicht den Regierungen gehört, nicht der Exekutive, sondern dem Volk. Wenn wir die Nöte und gerechten Ansprüche unserer Menschen vergessen, dann arbeiten wir im luftleeren Raum und haben kein Parlament in der wahren Bedeutung des Wortes mehr.

Ich erinnere mich, wie ich mich als junges Mitglied der Labour-Partei 1970 monatelang in den Wahlkampf gestürzt hatte, damit wieder eine Labour-Regierung an die Macht kommt. Doch der damalige Premierminister Harold Wilson verlor die Wahl gegen Edward Heath. Ich war enttäuscht und hatte das Gefühl, die Menschen hatten uns im Stich gelassen. Doch jemand, der klüger und erfahrener als ich war, sagte mir: Das Volk hat uns nicht im Stich gelassen, das Volk hat gesprochen, und wir müssen gut zuhören, was es uns zu sagen hat. Die wichtige Lehre der Demokratie ist, dass die Menschen entscheiden und dass es an uns, den Politikern und politisch Aktiven, ist, die nächste Wahl zu gewinnen. Darin liegt die Stärke der Demokratie.

(Beifall)

In unserem Unterhaus sitzen die Vertreter der Mehrheitspartei, die die Regierung stellen, die Vertreter der Opposition und mehrerer Minderheitsparteien. Es stimmt mich immer etwas traurig, wenn ich die Leute sagen höre: In einer Demokratie regiert die Mehrheit. Ich sage dagegen, ein wahrer Demokrat muss immer auch auf die Stimme der Minderheiten in unserer Gemeinschaft hören, sei

es in der Stadt, auf dem Land oder hier in unserem Parlament. Die Minderheiten müssen immer eine Stimme haben, und ihre Stimme muss immer gehört werden.

(Beifall)

Manchmal bezeichnen die Menschen das britische Unterhaus - das „House of Commons“ - auch als die Mutter aller Parlamente. Immerhin kann unser Parlament auf eine 900-jährige Existenz zurückblicken. Ich habe von meinen Eltern gesprochen und davon, dass wir alle von unseren Eltern gelernt haben. Aber manchmal werden Eltern auch erkennen, dass oft auch die Jungen den Alten etwas beibringen können. Das gilt auch für die Parlamente. Auch die Mutter aller Parlamente kann etwas von Ihrem 60 Jahre alten Landtag in Niedersachsen lernen. Sie werden sich erinnern, Herr Präsident, dass vor weniger als zehn Jahren das britische Unterhaus über die Einführung der Selbstverwaltung - wir nennen es Devolution - in Schottland und Wales debattierte. Damals besuchte eine britische Delegation, geleitet von Donald Dewar, damals Minister für Schottland und später Erster Minister im neuen, schottischen Parlament in Edinburgh, Ihren Landtag, um von Ihrem Landtag und seiner 50-jährigen Erfahrung mit der Selbstverwaltung des Landes Niedersachsen zu lernen. Sie sehen: Die Jungen konnten den Alten etwas beibringen.

(Beifall)

Dank Ihnen kann ich berichten, dass das Parlament in Schottland sowie die parlamentarischen Versammlungen in Wales und Nordirland sehr lebendig sind und den Menschen dieser Länder das Recht geben, über ihre eigenen Angelegenheiten mitzubestimmen und dabei doch integraler Bestandteil eines Vereinigten Königreichs zu sein, zu dem zu gehören ich so stolz bin. Im Fall von Nordirland sagen die Menschen, dass wir nun nach 40 Jahren Frieden in unserem Land haben.

(Beifall)

Erst in der vergangenen Woche haben in Schottland Wahlen stattgefunden. Da keine Partei eine klare Mehrheit erzielt hat, könnte man jetzt sagen, wir haben da ein kleineres lokales Problem und segeln in unbekanntem Gewässern. Aber das zeigt wieder einmal, dass das Volk seine Meinung geäußert hat und dass es nun Sache aller Politiker ist, zu beweisen, dass man mit gesundem Men-

schenverstand und gutem Willen eine gesunde demokratische Lösung finden kann und muss.

In all den Jahren seit der Gründung Ihres Landtags haben wir alle auf Freiheit in Osteuropa gehofft und dafür gebetet. Nun, da unsere Gebete erhört worden sind, können Sie stolz darauf sein, dass diese neuen Länder sich nun an Ihnen als Modell parlamentarischer Demokratie ein Beispiel nehmen.

Ich wünsche Ihnen, Herr Präsident, und all Ihren Abgeordneten sowie allen Menschen Niedersachsens im Namen des britischen Unterhauses alles Gute! - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

(Musikalische Darbietung - Johann B. König: The Post Horn Galop)

Festvortrag: „Die Rolle der Landesparlamente im Zeitalter der Globalisierung“

Alois Glück, Präsident des Bayerischen Landtages:

Herr Landtagspräsident! Mr Speaker! Herr Ministerpräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament! Verehrte Festgäste! Dass Sie zu diesem Jahrestag des Niedersächsischen Landtages einen Bayern als Redner einladen, ist mir eine besondere Ehre und eine besondere Freude.

(Beifall)

Bayern und Niedersachsen sind nicht nur flächenmäßig die beiden größten Länder in der Bundesrepublik. Zwischen uns gibt es auch geschichtliche und aktuelle Bezüge. Kollege Gansäuer hat Bayerns Welfenzeit zwischen 1070 und 1180 bereits angesprochen. Darüber hinaus gibt es noch mehr historische Gemeinsamkeiten.

Nach dem Krieg standen wir vor gleichartigen Aufgaben, etwa Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen Lebensgrundlagen und Heimat zu bieten und sie zu integrieren. Unseren beiden Ländern, Niedersachsen und Bayern, ist ein wirtschaftlicher Neubeginn und Aufstieg gelungen, was besonders in den damaligen Zonenrandgebieten im Osten sehr schwierig war.

Meine Damen und Herren, vielen in unserem Land ist nicht mehr bewusst, dass der Aufbau der Demokratie und des Staatswesens mit den Ländern begann. Es waren gerade die Länder und ihre Parlamente, in denen das demokratische Leben nach 1945 von Neuem erwachte. Erst vier Jahre später entstand dann auf dem von den Ländern gelegten Fundament die damalige Bundesrepublik.

Die Gründe für diese Renaissance der föderalen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg lagen sowohl in der Fortsetzung historischer Traditionslinien als auch in der Absicht der Alliierten, das künftige politische System so zu gestalten, dass eine zum Missbrauch verleitende Machtkonzentration wie im NS-Staat unterbunden werden sollte. Dies führte zu einer Aufteilung staatlicher Aufgaben zwischen Bund und Gliedstaaten mit Staatscharakter. Die Länder - dies gilt es auch für die jetzige Zeit immer wieder nachdrücklich festzuhalten - sind keine Verwaltungsprovinzen; sie haben Staatsqualitäten mit gesetzgeberischer Kompetenz in den festgelegten Aufgabenbereichen.

Besonders interessant ist es, der Frage nachzugehen, warum es infolge der Deutschen Einheit zur Gründung der fünf neuen Bundesländer kam. Offenbar hatten die unnatürlich gesetzten DDR-Bezirksgrenzen über fast vier Jahrzehnte hinweg die Sehnsucht nach historisch gewachsenen regionalen Identifikationsräumen nicht wirklich stillen können. Im *Rheinischen Merkur* war kürzlich in einem Beitrag dazu zu lesen:

„Dass sich in der DDR so etwas wie eine kollektive Mentalität herausgebildet haben soll, die den ‚Ossi‘ zu einem solchen macht, taugt allenfalls für fahle Comedy. Die regionalen Ausprägungen der Länder haben den ‚DDR-Bürger‘ in den Fundus der Geschichte verwiesen. Das kluge Meisterstück, die abgewickelte DDR föderalistisch zu organisieren, ermöglichte es den Menschen, eine landsmännische Identität auszubilden: Der Thüringer fühlt sich heute wieder als ein solcher und dem Hessen, mit dem ihn eine tausendjährige gemeinsame Geschichte verbindet, näher verwandt als etwa dem Mecklenburger.“

Meine Damen und Herren, historische Entwicklungen und Erfahrungen der Vergangenheit, auch positive, sind keine ausreichende Begründung für

Zukunftstauglichkeit. Immer wieder wird die Zukunftstauglichkeit des föderalen Systems in Deutschland in Zweifel gezogen, und zwar grundsätzlich, nicht nur im Hinblick auf die inneren Strukturprobleme durch unterschiedliche Leistungsfähigkeit. Die föderale Struktur, die Mitwirkung der Länder über den Bundesrat und die bundesstaatlichen Aufgaben, wurde immer wieder als Entschuldigung für mangelnde Reformpolitik genutzt.

Nach mühseligen und jahrelangen Auseinandersetzungen ist mit der Föderalismusreform ein wichtiger Schritt für die Neuverteilung der Aufgaben und damit auch für eine größere Handlungsfähigkeit in Bundes- und Landespolitik erreicht worden. Der nächste Schritt einer entsprechenden Finanzreform ist in Angriff genommen worden. Dieses Kapitel wird möglicherweise noch schwieriger als das vorhergehende. Für eine kritische Debatte über die Strukturschwächen im föderalen System gibt es aufgrund der unterschiedlichen Situationen der Länder gute Gründe. Die generelle Infragestellung des föderalen Systems hat mehr mit oberflächlichem Denken zu tun.

Meine Damen und Herren, es ist unbestreitbar: Kein anderer Flächenstaat in Europa hat eine vergleichbare regional ausgewogene Entwicklung wie Deutschland mit entsprechenden Chancen für die Menschen in den Teilräumen. Der Grund dafür ist das föderale System, die Struktur im Staatsaufbau, die dazu führt, dass die Länder, zusammen mit einer sehr ausgeprägten kommunalen Selbstverwaltung, regional und lokal politisch verantwortlich gestalten können, gestalten müssen und dafür ihrer Bevölkerung Rechenschaft zu geben haben. Dies begründet Dynamik und innere Stabilität. Der Wettbewerb der Ideen und politischen Initiativen zwischen den Ländern - der häufig recht kritisch diskutierte „Wettbewerbsföderalismus“ - belebt und fördert die Entwicklung. Dynamik gibt es schließlich nur dort, wo ein geordneter Wettbewerb der Ideen und Initiativen möglich ist. Dies gilt in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, aber eben auch im Staatswesen.

Trotzdem, meine Damen und Herren, herrscht in unserem Land nach wie vor ein starker Glaube an den Zentralismus. Gibt es ein Problem, eine politisch zu lösende Aufgabe, so wird schnell nach bundeseinheitlichen Regelungen gerufen. Schulpolitik oder Kinderkrippen - bei vielen Themen ist dies zu registrieren.

Woher kommt dieser Glaube an Problemlösungen durch Zentralismus? Weil die Strukturen einfacher zu verstehen sind? Weil nur eine Ebene zu entscheiden hat? Steht dahinter noch immer die Vorstellung, dass möglichst viel Gleichheit das höchste Maß an Gerechtigkeit sei? Aber kann man im Ernst glauben, dass z. B. die Qualität der Schulen in Deutschland insgesamt besser wäre, wenn wir seit jeher eine Bundeskompetenz dafür hätten?

Nochmals: Den richtigen Maßstab für die Beurteilung der Zukunftsfähigkeit föderaler Strukturen können wir nicht aus den historischen Besitzständen und Entwicklungen und auch nicht allein aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte gewinnen. Ausschlaggebend ist eine offene und selbstkritische Auseinandersetzung mit der Frage, welche Strukturen angesichts der Entwicklungen dieser Zeit - der Zeit der Internationalisierung und des europäischen Einigungsprozess - am geeignetsten sind, die aktuellen Aufgaben bestmöglich zu bewältigen.

Das charakteristischste Merkmal unserer Zeit ist wachsende Komplexität, die geprägt wird durch die inneren Entwicklungen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in den Kulturen und von außen her durch die rasant wachsende Internationalisierung unseres Lebens. Welche Strukturen brauchen wir dazu? Wie, mit welchen strukturellen Voraussetzungen gelingt es uns am besten, notwendige Dynamik und innere Stabilität miteinander zu verbinden? - Das ist ja immer wieder und aufs Neue die Herausforderung: die Verbindung von Tradition und Fortschritt bzw. - in der heutigen Zeit anders ausgedrückt - von Stabilität und Dynamik.

Lassen Sie mich dazu einen Mann zitieren, der jeder politischen Ideologie unverdächtig ist, nämlich den wohl bekanntesten Zukunftsforscher John Naisbitt, den Autor des Weltbestsellers „Megatrends“, der in seinem neuen, vor wenigen Monaten veröffentlichten Buch „Mind Set!“ einen Abschnitt mit „Dezentralisierung als Schlüssel“ überschreibt:

„Die treibende Kraft hinter dem Erfolg der Wirtschaftsdomeins ist die Dezentralisierung. Das Paradoxe daran ist, dass es ebenfalls die Dezentralisierung ist, die die Globalisierung funktionieren lässt.

Seit einigen Jahrzehnten beobachten wir den Vormarsch der Globalisierung. Gleichzeitig wurden wir Zeugen, als der Rückgang der Zentralisierung viele Teile der Welt neu organisierte, wobei der Zerfall der Sowjetunion 1991 sicherlich als dramatischer Höhepunkt innerhalb dieses Prozesses bezeichnet werden kann. Für mich steht fest, dass Erfolg, Wachstum und Nachhaltigkeit davon abhängen, in welchem Ausmaß die Dezentralisierung der Welt voranschreitet. ... Das Zusammenspiel der kleinsten einzelnen Teilchen und des Kosmos ist das Modell, um die Weltwirtschaft zu verstehen. ... Während die Globalisierung unaufhaltsam voranschreitet, dezentralisieren sich Unternehmen zu Netzwerken von Unternehmen und Unternehmern.“

„Je größer eine beliebige Einheit ist, in umso mehr kleinere Einheiten muss sie aufgeteilt werden, um effizient zu sein. Große Unternehmen dezentralisieren nicht, weil es gerade Mode ist, sondern weil sie effizient auf den sich verschärfenden Wettbewerb antworten müssen, der durch den jedermann offen stehenden Weltmarkt entsteht.“

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, was ist die politische Schlussfolgerung? - Der Glaube, mit mehr Zentralismus die richtige Antwort auf wachsende Komplexität zu finden, ist ein fataler und gefährlicher Irrtum. Dies gilt für die Unternehmen, dies gilt für Deutschland, und dies gilt in ganz besonderer Weise auch für die Europäische Union in ihrer gegenwärtigen Verfassung und in ihren Zukunftsperspektiven.

Für die notwendige Verbindung von Dynamik und Stabilität ist der Generalschlüssel die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, und es ist auch der Generalschlüssel zur Revitalisierung von Gesellschaft und Staat: in der Gesellschaft, im Verhältnis von Bürgern und bürgerschaftlichem Engagement einerseits und Staat andererseits und ebenso im Staatsaufbau.

Das Subsidiaritätsprinzip hat eine doppelte Ausprägung: Es ist ein Verantwortungs- und ein Strukturprinzip. Es gilt der Vorrang der Eigenverantwortung, aber auch die soziale Mitverantwortung.

Eigenverantwortung und Solidarität gehören in diesem Sinne zusammen. Darauf baut die dringende Neuordnung in der Aufgabenverteilung und in der Beziehung von Bürger und Staat auf. Der allumsorgende und fürsorgende Wohlfahrtsstaat ist am Ende seiner Möglichkeiten. Die propagierte „neoliberale“ alternative Regelung über Wettbewerb und Markt ist ebenso ein Irrweg, der zu keiner lebenswerten Gesellschaft führen kann.

Die Neuordnung der staatlichen Aufgaben im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat nach dem Subsidiaritätsprinzip, also im Sinne einer „aktiven Bürgergesellschaft“, ist zukunftsweisend und kann nur von unten beginnen. Bürgerschaftliches Engagement, eine neue Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung im Sinne dieser Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat und eine darauf ausgerichtete Landespolitik sind dafür grundlegend. Dieses Verantwortungs- und Strukturprinzip ist zukunftsweisend bei der Reform der sozialen Systeme, des Bildungswesens und der Zuordnung der Familienpolitik in das Gesamtgefüge der Politik und der Gesellschaft. Es ist, wie ich betone, die Richtschnur für eine neue Aufgaben- und Kompetenzverteilung in der Europäischen Union. Ich persönlich bin der Überzeugung: Ohne eine solche Neuordnung wird die Europäische Union keine gute Zukunft haben.

(Beifall)

Natürlich gilt das Subsidiaritätsprinzip nicht um seiner selbst willen. In der Föderalismuskommission, in der ich die Landesparlamente vertreten habe, habe ich immer deutlich gemacht, dass es nicht um mehr Kompetenzen für die Landesparlamente geht - dann würde ein Machtverteilungskampf zwischen Landesparlamenten und Bundestag die Auseinandersetzung prägen -, sondern für alle Beteiligten geht es um sachgerechte und zukunftsfähige Strukturen. Bei der kleineren Einheit darf nur bleiben oder ihr wieder neu zugeordnet werden, was dort wirklich sachgerecht erledigt werden kann.

Im Zeitalter der Globalisierung müssen wir als Länder und als Bundesrepublik Deutschland, als Landtage und als Bundestag ebenso bereit sein, Aufgaben an die nächste Ebene abzugeben, wenn nur dadurch die sachgerechtere Gestaltung und die notwendige Handlungsfähigkeit erreicht werden können. Dies setzt die Bereitschaft voraus, politisches Handeln nicht nur auf die Machtfrage

und die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zu reduzieren und Abschied von dem Ideal zu nehmen, möglichst viel Gleichheit sei bestmögliche Gerechtigkeit. Wir müssen den Mut zu einer zulässigen Vielfalt innerhalb der notwendigen Solidarität und den sich daraus ergebenden notwendigen Rahmenseetzungen entwickeln.

Die Strukturen nach dem Subsidiaritätsprinzip öffnen mehr Möglichkeiten für die Beteiligung des Einzelnen, für die Übernahme von Verantwortung und sind damit der Wegweiser für eine im Inneren lebendigere, menschlichere und leistungsfähigere Gesellschaft und ein dementsprechendes Staatswesen. Damit fördern diese Strukturen gleichermaßen die Fähigkeit zur Erneuerung und Veränderung, zur Dynamik und ebenso die innere Stabilität. Von der Fähigkeit zur Veränderung und zur Erneuerung, zur Innovation hängt unsere Zukunftsfähigkeit in besonderer Weise ab.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, welche konkreten Auswirkungen und Anforderungen stellt die Globalisierung an die Landesparlamente? - Ich möchte mit Blick auf die begrenzte Zeit nur zwei Beispiele herausgreifen:

Was ist unser Maßstab für unsere Entscheidungen über notwendige Veränderungen und weiterführende Maßnahmen? - Von der Sachgerechtigkeit her müssen wir als Maßstab die Entwicklung in der Spitzengruppe der leistungsfähigsten Länder dieser Erde nehmen. Der Vergleich mit anderen Ländern in Deutschland ist reizvoll und anregend, aber als Maßstab für die inhaltliche Notwendigkeit nicht ausreichend. Wenn wir auf Dauer im Vergleich zu den leistungsfähigsten Ländern dieser Erde in unserem Lebensstandard und in unseren Ansprüchen in der Spitze dabei sein wollen, dann müssen wir auch in unserer Leistungsfähigkeit dabei sein. Der Ausweg der Selbsttäuschung über eine angeblich vorübergehende Verschuldung darf nicht mehr gelten.

Unsere Führungsaufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, diesen Maßstab den Bürgerinnen und Bürgern verständlich zu machen. Dies setzt voraus, dass wir uns mit dieser Entwicklung entsprechend vertraut machen und dafür kompetent sind. Dies ist eine große Anforderung angesichts der Komplexität und der Rasanz der Entwicklung. Wer aber vom Bürger das Vertrauen für das Mandat zur Führung möchte, muss sich dieser Anforderung stellen.

„Global denken - lokal handeln!“ - diese Formulierung ist in der Umwelt- und Ökologiebewegung etwa zum Ende der 70er-Jahre entstanden. Als Orientierung war dies nie so wichtig wie gegenwärtig. Wir spüren in den unterschiedlichsten Lebensbereichen Tag für Tag mehr, wie sehr wir eine Welt sind - im Positiven wie im Negativen, bis hin zum Terrorismus. Die allermeisten Wechselwirkungen, die spürbar werden, sind letztlich von der Landespolitik zu bewältigen. Die Themen der inneren Sicherheit sind nur ein Beispiel dafür.

Lokal und global - in diesem Spannungsfeld, in dieser Bandbreite steht heute die Landespolitik, vielleicht sogar mehr als jeder andere Politikbereich.

Landtagsabgeordnete müssen in der Kommunalpolitik zu Hause sein. Sie sind Bürgeranwälte für viele Einzelanliegen. Wären sie aber nur Interessenvertreter der lokalen und regionalen Anliegen, würden sie ihrer Aufgabe als Landespolitiker nicht gerecht werden. Dann wären sie Provinzpolitiker. Landespolitiker müssen sich ebenso den globalen Entwicklungen stellen, sich damit auseinandersetzen und vertraut machen sowie die sachlich richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft des Landes und ihres eigenen Lebensraumes ziehen. Eine große Herausforderung!

So wie sich Unternehmen, die sich der Konkurrenz der Importe oder auf den Weltmärkten stellen müssen, auch diesen Anforderungen stellen müssen, so muss es auch unser Land, muss es die Politik und müssen auch wir es in der Konsequenz des Mandats. Das ist der Maßstab, dem unsere Landtage im Zeitalter der Globalisierung gerecht werden müssen. Sonst verlieren wir die Legitimation.

Der andere Punkt: Wir in den Landesparlamenten haben eine besondere Verantwortung für das Bildungswesen, für die Schulen und die Hochschulen. Die PISA-Studie hat in sehr heilsamer Weise den Blick für die internationale Entwicklung geöffnet. Die Gefahr ist, dass dabei Bildung auf abfragbares und testbares Wissen reduziert wird. Natürlich ist in der Wissensgesellschaft Wissen wichtig, noch mehr allerdings die Umsetzung von Wissen in Handeln, in Produkte.

Ich möchte unseren Blick auf einen immer stärker prägenden Aspekt der Globalisierung lenken, den wir allerdings noch viel zu wenig sehen: Die Globalisierung ist nicht nur ein ökonomischer Prozess

mit Chancen und Risiken, mit sozialen Problemen und Beschleunigung des Strukturwandels. Ständig wird mehr und mehr spürbar, dass Globalisierung auch ein Prozess der Begegnung und leider auch der zunehmenden Konfrontation unterschiedlicher Wertvorstellungen und Kulturen ist.

Wir werden ein gutes Miteinander nicht gestalten können - weder in unserem eigenen Land noch international -, wenn wir uns allein auf Regeln des Handelns und des Wirtschaftens beschränken; selbst eine bessere Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards reicht nicht aus. Wir müssen in unser Bildungssystem die Welt der anderen Kulturen aufnehmen, damit wir sie besser verstehen können, zumindest an den Gymnasien und den Universitäten. Anders werden wir die Entwicklungen in der Welt, das Verhalten von Partnern oder Gegnern nicht verstehen. Die Polarisierung wird sonst zunehmen, die Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen ebenso.

Da die Zuständigkeit für die Ausgestaltung des Bildungswesens bei uns in den Ländern liegt - nach der Föderalismusreform noch mehr als vorher -, haben wir dafür eine besondere Verantwortung. Es genügt nicht mehr, junge Menschen nur durch entsprechende Wissensvermittlung auf das Leben in der internationalen Welt vorzubereiten, sondern es geht um mehr. Es geht um Wertvorstellungen, die steuern. Es geht letztlich - dies ist geradezu überlebenswichtig - um die Frage, wie wir mit unterschiedlichen Wertvorstellungen zu gemeinsamen Regeln kommen können. Gleichzeitig fordern uns die anderen Kulturen mit ihren Wertvorstellungen dazu heraus, über unsere eigenen Werte, unsere Identität, über das, was uns wichtig und unverzichtbar ist, neue Klarheit zu gewinnen. Dies ist die Voraussetzung für gegenseitigen Respekt und fruchtbaren Dialog. Wir sind gut beraten, unsere bildungspolitischen Debatten darauf hin zu überdenken.

Meine Damen und Herren, Kurt Biedenkopf schreibt in seinem Buch „Die Ausbeutung der Enkel“, dass wir für prägende Entwicklungen und Aufgaben unserer Zeit - etwa die demografische Entwicklung und die Globalisierung - keine historischen Erfahrungen haben, auf denen wir aufbauen können. Es gilt also, Neuland zu betreten. Die Gestaltungskraft der Politik ist gefordert wie kaum jemals zuvor. Ich bin sicher, dass eine richtige föderale Ordnung dafür die besten strukturellen Voraussetzungen bietet. Dies ist für uns in den Landesparlamenten Aufgabe und Herausforderung

gleichermaßen. Ich wünsche dem Niedersächsischen Landtag alles Gute für eine erfolgreiche und wirksame Politik im Dienste der Menschen in Niedersachsen und Deutschland. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

(Musikalische Darbietung - Henry Wood: Fantasia on British Sea Songs [Auszüge])

Schlusswort

Jürgen Gansäuer, Landtagspräsident

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen allen herzlich dafür danken - den Kolleginnen und Kollegen sowie den Gästen -, dass Sie heute zu uns gekommen sind. Ich möchte Frau Reinhardt und Herrn Fiebich herzlich danken. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass Sie hierher gekommen sind. Ihr Hiersein belegt, dass es eine Beziehung zu einer Zeit gibt, deren Inhaltsreichtum wir fortschreiben sollten. Das wäre ein gutes Vermächtnis all jener, die damals neu angefangen haben.

Ich möchte mich bei Frau Dr. Koch und Herrn Schmitz herzlich dafür bedanken, dass sie hier gewesen sind, dass sie dabei gewesen sind, dass sie vorhin im Gottesdienst gewesen sind. Ganz herzlichen Dank dafür! Ich würde mich sehr freuen, wenn wir uns im November in Bergen-Belsen wiedersehen.

Ich möchte mich auch bei Frau Krüger dafür bedanken, dass sie sozusagen stellvertretend für alle Menschen in unserem Lande, die an einer Behinderung leiden, hier gewesen ist. Ihrem Hund hat es ausgezeichnet gefallen - insbesondere das Posthorn-Musikstück; dabei hat er sehr interessiert zugehört.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich sehr herzlich bei Alois Glück für seinen, wie ich finde, nachdenklichen und erfahrungsreichen Vortrag.

(Beifall)

Ich danke dem Ministerpräsidenten für sein Grußwort. Und last but not least bedanke ich mich herzlich bei Ihnen, Mr Speaker, dass Sie uns diese sehr persönlichen, menschlichen Worte haben zu-

kommen lassen, die von einem reichen Erfahrungsschatz des Lebens und auch des politischen Lebens zeugen und die - jedenfalls ich habe es so empfunden - sehr sympathisch waren.

(Beifall)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang sagen: Die Zeitungen sind ja heute voll von Berichten, dass der Premierminister Tony Blair zurücktreten wird. Ich möchte ihm an dieser Stelle über alle parteipolitischen Grenzen hinweg für seine große politische Lebensleistung ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall)

Ich möchte mich bei unseren Bischöfen bedanken, die uns heute Morgen, wie ich finde, einen beeindruckenden Gottesdienst geboten haben. Ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie sich immer zur Verfügung stellen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bedanken möchte ich mich auch - das möchte ich nicht vergessen; und das ist mir auch wichtig - bei unserer Polizei, die uns seit gestern begleitet und dies auch heute und morgen noch tun wird. Herzlichen Dank denjenigen, die sich dieser Arbeit unterziehen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Fazit über diese Veranstaltung und die 60 Jahre, denen wir heute hier gedacht haben, ist, dass wir trotz vieler unterschiedlicher Meinungen sehr, sehr gut daran tun, gemeinsam in Niedersachsen, Deutschland, England, Großbritannien und überall auf unserem Kontinent an einem freien, sozialen und weltoffenen Europa weiterzuarbeiten - einem Europa, das im Laufe der Geschichte von Hunderten von Kriegen zerfurcht wurde, die so viel Leid bewirkt haben. Insbesondere wir Deutschen können davon berichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn nunmehr die britische Militärkapelle nach 60 Jahren die deutsche Nationalhymne spielt, dann ist das eine Symbolik, die für sich spricht. Nach 60 Jahren spielt in diesem Landtag eine britische Militärkapelle das Lied der Deutschen, geschrieben von einem Niedersachsen: Hoffmann von Fallersleben. Ich darf Ihnen allen herzlich danken und bitte Sie, sich jetzt von Ihren Plätzen zu erheben.

(Nationalhymne)

(Beifall)

Vielen Dank! Ich würde mich freuen, wenn Sie alle noch etwas bei uns bleiben. Es ist angerichtet!

Schluss der Sitzung: 12.34 Uhr.